

Im Rahmen der Erarbeitung von Themen für die Internetseite der Fraktion der Linkspartei beteiligte sich Andreas Bernig mit zwei Beiträgen, die wir hier zur öffentlichen Diskussion stellen:

Stichwort: Tolerantes Brandenburg

Im Ergebnis der Entwicklung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt in den 90-er Jahren in Brandenburg verabschiedete die Landesregierung im Jahr 1998 das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“.

In den Folgejahren entstand eine Vielzahl von Aktivitäten auf staatlicher, kommunaler und zivilgesellschaftlicher Ebene, die dazu beitrugen, dem Rechtsextremismus in seinen vielfältigen Erscheinungsformen, wie Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, Verherrlichung der Nazi-Diktatur bis hin zu Hass und Gewalt entgegen zu treten.

Dieses Bemühen aller demokratischen Kräfte darf nicht gering geschätzt werden.

Trotzdem sind die rechtsextremistischen Straftaten von 2001 bis 2006 von 907 auf 1.399 Straftaten angestiegen. Die rechtsmotivierten Gewaltstraftaten schwankten zwischen 87 im Jahr 2001, 105 im Jahr 2004 und 90 im Jahr 2006. Sie stagnieren also auf hohem Niveau. Darüber hinaus versucht sich die NPD durch die Bildung neuer Kreisverbände und Ortsbereiche zunehmend zu organisieren. Ihre Mitgliederzahl ist von 190 auf 230 gestiegen.

Im September 2005 wurde das Konzept durch die Landesregierung überarbeitet und erhielt den Namen:

„Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie

Handlungskonzept der Landesregierung für eine demokratische Gesellschaft mit Zivilcourage gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“

Es beinhaltet eine Vielzahl von Aktivitäten und Maßnahmen und hat durchaus für andere Länder Modellcharakter. So sind die Mobilen Beratungsteams (MBT) und die Opferberatung beispielhaft.

Die Linkspartei kritisierte in der Debatte, dass dieses Konzept nicht gemeinsam mit dem Landtag weiter entwickelt wurde. SPD und CDU stimmten nicht einmal einer Überweisung in die Ausschüsse zu. Das Handlungskonzept weist erhebliche Schwächen auf, so bei der Einschätzung des Einflusses rechtsextremistischer Kräfte auf das Leben in Brandenburg aber auch bei der Beurteilung der antifaschistischen Erziehung in der DDR. Man kann die Probleme der Gegenwart nicht dadurch lösen, indem man den Antifaschismus in der DDR diskreditiert. Darüber hinaus scheinen der vielfältigen Maßnahmen des beeindruckenden Kataloges nebeneinander zu stehen und zu wenig koordiniert.

Es ist festzustellen, dass das Handlungskonzept der Landesregierung noch viel zu wenig im Land bekannt ist, dass es an einer Vernetzung von Wissenschaft und Praxis noch fehlt, und dass wir noch viel für eine wirklich durchgreifenden Kommunalisierung des Handlungskonzeptes tun müssen.

Entscheidend ist, dass besonders das Anliegen einer starken und lebendigen Demokratie verwirklicht wird.

Diese Demokratie muss für die Menschen vor Ort und im Land wieder erlebbarer gemacht werden. Gewachsenen Strukturen des politischen, sozialen und demokratischen Zusammenlebens dürfen auch angesichts des demographischen Wandels nicht verloren gehen bzw. sie müssen entsprechend angepasst werden, so dass für rechtsextremistische Aktivitäten keine Freiräume bleiben.

Für die Weiterentwicklung des Konzeptes „Tolerantes Brandenburg“ hat die Fraktion der Linkspartei eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet.

Das Handlungskonzept der Landesregierung muss im Land noch bekannter gemacht werden. Es kann auf eine noch breitere Grundlage gestellt werden, wenn die bisherige Arbeit evaluiert und im Landtag diskutiert wird und der Landtag im Ergebnis das Konzept fortentwickelt.

Wir schlagen die Einrichtung eines Beirates zur ständigen Begleitung und Bewertung der Arbeit, unter Beteiligung der Landkreise und Kommunen vor, um über diesen Beirat Empfehlungen für eine weitere Programmoptimierung zu erarbeiten. Die Arbeit des Beirates muss auch stärker durch die Wissenschaft begleitet werden.

Um den ressortübergreifenden Charakter der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus noch deutlicher zu machen und die Maßnahmen besser zu koordinieren, sollte die Anbindung der Koordinierungsstelle an die Staatskanzlei geprüft werden.

Erforderlich ist die noch stärkere Unterstützung der Kommunen.

Wir brauchen überall Kommunalpolitische Konzepte gegen Rechtsextremismus und für Demokratie zur Prävention wie auch als Reaktion.

Die konkrete Problemlage vor Ort muss darin ebenso einfließen, wie die zur Verfügung stehenden Akteure, die Stimmung in der Kommune, der Organisationsgrad der rechtsextremistischen Szene etc..

Die Wertediskussion muss an Hand der Brandenburger Verfassung, den darin enthaltenen Rechten und Pflichten sowie den Staatszielen geführt werden.

Die Jugendprojektarbeit und insgesamt die Arbeit mit der Jugend vor Ort muss fortgeführt werden. Mittelkürzungen sind an dieser Stelle die falsche Reaktion.

Die repressiven Maßnahmen der Justiz und der Polizei müssen kontinuierlich fortgesetzt werden. Sorge macht dabei, dass die zukünftigen Handlungsmöglichkeiten von TOMEQ und MEGA im Zuge des erheblichen Personalabbaus bis zu 16% eingeschränkt werden könnten.

Durch die neu aufgelegten Bundesprogramme „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ und „Förderung von Beratungsnetzwerken - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ entstehen neue Handlungszwänge für die Landesregierung

So werden nur 10 Aktionsprogramme durch das Programm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ gefördert, aber 21 Akteure hatten Anträge gestellt. Hier müssen schnell Antworten gefunden werden, wie auch die nicht berücksichtigten Antragsteller und weitere Akteure durch das Land unterstützt werden können.

Auf Bundesebene muss sich das Land dafür einsetzen, dass ein Schwerpunkt nicht auf die „anlassbezogene, unmittelbare und zeitlich begrenzte Hilfestellung“ im Falle rechtsextremer Vorkommnisse gelegt wird, sondern auf eine dauerhaft angelegte Beratung und Prävention. Weiter kommt es darauf an, dass die Beratungsstellen und die Präventionsarbeit nicht ausschließlich an staatliche Stellen angebunden werden und damit möglicher Weise zivilgesellschaftliches Engagement erschwert wird.

Das staatliche Engagement muss vor allem auch darauf gerichtet sein, dieses zivilgesellschaftliche Engagement zu fördern und zu stärken.

## Rechtsextremismus

Rechtsextremismus, Neonazismus, Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Intoleranz gegenüber anderen Lebensweisen und Ausländern nagen an den Grundlagen unserer Demokratie. Rechtsextremisten stellen sich gegen die Einheit der Grundrechte in einer demokratischen

Gesellschaft, gegen Freiheit, Gleichheit, Gewaltenteilung und gleiche demokratische Teilhabe aller Mitglieder der Gesellschaft. Ihr Credo ist eine autoritär geführte Volksgemeinschaft, die die eigene Rasse bzw. das eigene Volk hervorhebt und andere Menschengruppen abwertet und ausgrenzt. Wohin diese menschenverachtende Rassentheorie und dieser Nationalismus führen mussten wir in unserer Geschichte leidvoll erleben.

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist deshalb für die Linkspartei ein Schwerpunkt täglicher Arbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen und auf allen Ebenen.

Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass die Rechtsextremen geschickt jene Themen aufgreifen, die die Menschen besonders bewegen. Schamlos nutzen sie die immer prekärer werdende soziale Situation vieler Menschen und ihre wachsende Unzufriedenheit mit dem politischen und wirtschaftlichen System aus. Sie gerieren sich sozial als Globalisierungsgegner, Antikriegspartei und antiimperialistisch und versuchen die Ängste der Menschen für eine Ethnisierung der sozialen Frage zu nutzen, sie gegen Migranten und andere Minderheiten aufzubringen.

Dabei tritt ihre menschenverachtende Ideologie nicht immer offen zu Tage.

Rechtsextreme versuchen sich verstärkt in Kommunen zu verankern. Besonders NPD-Mitglieder versuchen in Bürgerinitiativen mitzuarbeiten, engagieren sich in Kindergärten, Elternräten und Vereinen. So arbeitete zum Beispiel die Familienbeauftragte des NPD-Bundesvorstandes Stelle Palau Aktiv in der Kinderbetreuung im Familienzentrum Hohen Neuendorf, bis sie im April 2007 Hausverbot erhielt. Bekannt ist auch der Versuch des Erwerbs von Immobilien für Partei- und Schulungszwecke, wie wir es in der Gemeinde Kleinow in der Prignitz erleben konnten. Die Gemeinde Kleinow war aber auch das hoffnungsvolle Zeichen, wie sich die Zivilgesellschaft mit Unterstützung der Politik gegen rechtsextremistische Bestrebungen wehrt.

Die NPD versucht auch in Brandenburg mit ihrer Vier-Säulen-Strategie des „Kampfes um die Strasse“, des „Kampfes um die Köpfe“, des „Kampfes um die Parlamente“ und des „Kampfes um den organisierten Willen“ immer gesellschaftsfähiger zu werden.

Eine Reihe von gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen kommt dieser Strategie entgegen. So reduziert sich die politische Debatte zunehmend auf den Austausch von Schlagworten. Gleichzeitig schwindet das allgemeine Wissen um komplexe politische Zusammenhänge. Nicht selten besteht, zumindest in Teilen der Bevölkerung, auch einfach kein Interesse an der Auseinandersetzung mit komplizierten oder widersprüchlichen Sachverhalten. Darüber hinaus sind langwierige demokratische Aushandlungsprozesse nach mehr als zwei Jahrzehnten neoliberaler Propaganda und Praxis weitgehend delegitimiert. Die daraus resultierende Schnittmenge zur rechtsextremen Ideologie lässt sich auf einen einfachen Nenner bringen: Der Stärkere setzt sich durch – und zwar rücksichtslos und möglichst schnell. Einfache und scheinbar radikale Lösungen gewinnen vor diesem Hintergrund zunehmend an Attraktivität.

Nach den Erfolgen der NPD bei den Landtagswahlen in Sachsen mit 9,2 % und in Mecklenburg - Vorpommern mit 7,3 % sowie ihrem Einzug in vier Berliner Bezirksversammlungen muss man feststellen, dass sich die NPD zur zentralen Kraft im rechtsextremen Spektrum der BRD entwickelt hat und sich NPD sowie militante Neonazistrukturen besonders im Osten zu einer echten gesellschaftlichen Gefahr entwickeln.

Nach einer Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rechtsextremistischen Einstellungspotenzialen in der deutschen Bevölkerung aus dem Jahr 2006 ist zu konstatieren, dass rechtsextremistisches Gedankengut keine Randerscheinung ist, sondern in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist.

Von nahezu 5.000 Befragten sind überwiegend oder völlig davon überzeugt:

37 Prozent, dass Ausländer nur hierher kämen, um unseren Sozialstaat auszunutzen,

39 Prozent, dass die Bundesrepublik durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet sei,

35 Prozent, dass Ausländer wieder in ihre Heimat geschickt werden sollten, wenn Arbeitsplätze knapp werden,

28 Prozent, dass es oberstes Ziel der deutschen Politik sein sollte, Deutschland die Macht und

Geltung zu verschaffen, die ihm zustehe und

40 Prozent, dass wir endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben sollten.

Etwa 10 bis 15 Prozent der Bundesbürger, so die Meinungsforschung der letzten Jahrzehnte, verfügen über ein geschlossenes, rechtsextremes Weltbild,

15 Prozent der Deutschen unterstützen der Studie zufolge die Aussage:

„Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“,

26 Prozent sind der Meinung:

„Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.“

Diese Entwicklung ist eine Herausforderung für alle demokratischen Parteien.

Bei den Kommunalwahlen 2008 werden DVU und NPD nichts unversucht lassen um auch in Brandenburg in weiteren Gemeindevertretungen und Kreistagen Einzug zu halten.

Die Fraktion der Linkspartei setzt sich im Landtag konsequent dafür ein, dass die demokratischen Parteien in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zusammenarbeiten und das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ umgesetzt und fortentwickelt wird. Dazu haben wir verschiedene Vorschläge unterbreitet. (sh. Stichwort Tolerantes Brandenburg)

Wir gehen davon aus, dass dieses Thema für eine parteipolitische Profilierung ungeeignet ist. So haben wir im April 2005 dem Antrag des Landtagspräsidenten „Gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt – für ein tolerantes und weltoffenes Brandenburg“ (DS 4/943) gemeinsam mit SPD und CDU zugestimmt.

Allerdings versucht die CDU bei diesem Thema immer wieder gemäß ihrer Totalitarismustheorie Rechts- und Linksextremismus gleich zu setzen und damit die Nazidiktatur zu verharmlosen.

Die Linkspartei lehnt jegliche Form von Extremismus ab.

Wir gehen von der Gleichheit der Menschen aus und von der Unteilbarkeit der politischen und sozialen Menschenrechte. Der schleichenden Entdemokratisierung des politischen und gesellschaftlichen Lebens muss entschieden entgegengewirkt werden, damit die Menschen teilhaben können an politischen Entscheidungen und an der Entwicklung.

Das ist der sicherste Weg um rechtsextremistischen Bestrebungen keinen Raum zu lassen.

Die internationale Zusammenarbeit und Solidarität ist für uns maßgebend was beinhaltet, dass wir Kriege konsequent ablehnen. Wir sind für ein Europa der friedlichen Zusammenarbeit in dem die sozialen Standards nicht nach unten sondern nach oben angeglichen werden und für eine Verfassung, die soziale Rechte verankert. Hier gibt es erheblichen Nachholebedarf.

Die Globalisierung darf nicht im Sinne des Neoliberalismus zum Abbau von Sozialstandards gegen die Menschen gerichtet werden. Deswegen setzen wir z.B. den Konzepten der Bundesregierung unsere Konzepte für eine gerechte Steuerreform und für eine solidarische Bürgerversicherung zur Gewährleistung der Kranken- und Rentenversicherung entgegen. Die Rente mit 67 ist genau der falsche Weg. Was wir brauchen ist eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit und der Arbeitszeit sowie ein Öffentlicher Beschäftigungssektor um Menschen wieder eine Arbeit im Sinne des Gemeinwohls zu sichern. Wir kämpfen für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, damit man von Arbeit auch leben kann und der Niedriglohnpolitik der Regierenden ein Ende bereitet wird.

In unserem Dialog für ein Brandenburg der Regionen sind wir gegenwärtig dabei, gemeinsam mit vielen gesellschaftlichen Akteuren und mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam ein Leitbild für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg zu erarbeiten.

Die kommenden Wahlkämpfe müssen und werden wir nutzen um den Wählern unsere gerechten und sozialen Alternativen zur gegenwärtigen Politik, die sich offensiv mit den nationalistischen,

menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Angeboten der Rechtsextremisten auseinander setzen, überzeugend nahe zu bringen,

Ganz im Sinne von Petra Pau, die in einem Beitrag „Anti-Faschismus muss immer auch Pro sein“ schrieb: „Der Unterschied im Links und Rechts liegt nicht im Nein. „Hartz IV muss weg!“ haben beide plakatiert.

Der Unterschied liegt im Ja, in den jeweiligen Alternativen. Die sind fundamental und die müssen genauso kenntlich werden.“